

unabhängig von Ethik und Moral, stellt man schnell fest, dass ein Teil des Steuerrechts durch Rundschreiben (*Circulaires*) der Steuerverwaltung geregelt ist, die Steuerpolitik aber eine Kompetenz der Legislative ist. Ob dies verfassungskonform ist, sei dahingestellt.

Die Risiken einer monolithischen Wirtschaftsstruktur

Die Globalisierung hat den Transfer von Kapital, die Mobilität der Finanzunternehmen und die Interkonnektivität der Finanzmärkte intensiviert. Die Interkonnektivität der Märkte ist nicht unbedingt von Nachteil für die Wirtschaft, hat aber den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten erhöht und keine gemeinsamen Rahmenbedingungen für Arbeit und Soziales gewährleistet. Luxemburg hat einerseits von dieser Entwicklung stark profitiert und sein Businessmodell teilweise auf Kosten anderer Staaten aufgebaut, andererseits hat es, wie schon einst mit der Stahlindustrie, eine monolithische Wirtschaftsstruktur aufgebaut, was fatale Folgen haben könnte.

Die Bilanzsumme der Banken in Luxemburg beträgt 1.597 % des BIP. Die Finanzindustrie beschäftigt zirka 47.000 Menschen, was 11 % der Gesamtzahl der Beschäftigten und ¼ des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Der Finanzplatz hat aber auch Einfluss auf andere Dienstleistungen wie Gaststättengewerbe, Hotellerie, Handel, Transport und Logistik. Die Entwicklung des Finanzplatzes ist ebenfalls mit dem Immobilienmarkt verbunden. Die steigenden Wohnungspreise bieten ein prädestiniertes Terrain für Spekulationen. Die ersten Warnungen seitens der Europäischen Zentralbank sind bereits an das Finanzministerium gerichtet worden.

Die internationale Verantwortung Luxemburgs

Die nächste Regierung muss die Diversifizierung der Wirtschaft weiter vorantreiben, um sie krisensicherer zu machen. Der Druck auf das Luxemburger Steuermodell wird stetig steigen. Die Finanzindustrie muss Änderungen auf nationaler und supranationaler Ebene (EU und OECD) in Kauf nehmen – und auch die breite Öffentlichkeit muss sich darüber im Klaren sein. Die Regierung muss alles tun, um die fragwürdigen Steuerpraktiken progressiv abzuschaffen, und gleichzeitig durch Innovation die Wettbewerbsfähigkeit bewahren.

Die Steuergerechtigkeit muss den Kern der politischen Debatte in Luxemburg bilden. So muss den Finanzunternehmen deutlich gemacht werden, dass ein regressives Steuermodell, also je höher der Gewinn desto niedriger die Besteuerung, auf Dauer nicht vertretbar ist – und auch nicht nachhaltig. Die

Besteuerung von GAFAs, so wie die Jusos es bereits vor über einem Jahr gefordert haben, ist unvermeidbar und muss schnellstmöglich durchgesetzt werden.

Die Frage nach Moral und Ethik muss gestellt werden: Man kann nicht mit Nahrungsmitteln spekulieren, für die Aufrüstung Milliarden ausgeben, im Wettbewerb um Rohstoffe Lebensräume und Umwelt zerstören und Konflikte und Bürgerkriege provozieren. Das ist nicht gutzumachen, selbst wenn man 1 % des BNE für Entwicklungspolitik ausgibt: Es mag das Gewissen beruhigen, den angerichteten Schaden kann man dadurch sicher nicht ausgleichen. Luxemburg sollte die Chance nutzen und seinem Finanzplatz eine soziale, ökologische und humane Dimension geben. Dies wäre nicht nur von Vorteil für den Ruf und die Stabilität des Finanzplatzes, sondern auch für das Lebensgefühl und das Selbstbewusstsein der Bürger dieses Landes. ■



Jimmy Skenderovic

– Rümelingen
– Ökonom, Attaché im Nachhaltigkeitsministerium
– Präsident der Jungsozialisten (JSL)
– politisch aktiv seit 2007

Die Digitalisierung des Arbeitsmarktes und der Bildung

D

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sieht sich zunehmend mit Digitalisierungstendenzen konfrontiert, von denen das Wirtschafts-, Sozial-, Arbeits- und Privatleben nicht verschont bleibt. Besonders großen Einfluss hat die Digitalisierung auf die Berufswelt. Einige der bestehenden Berufsformen könnten schon bald der Vergangenheit angehören. Auch wenn Ängste, die durch diese Veränderungen bei vielen Beschäftigten entstehen, durchaus nachvollziehbar sind, kann die Digitalisierung auch positiv betrachtet werden. Experten gehen davon aus, dass dort, wo verschiedene Berufsformen wegfallen könnten, neue Berufe entstehen werden.

Um Luxemburg optimal auf die bevorstehenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten, muss die Politik schon heute die nötigen Weichen stellen und konkrete Maßnahmen umsetzen.

Ein Ministerium für die Digitalisierung

Die Jungen Demokraten sind der Meinung, dass das Einführen eines Digitalministeriums unumgänglich ist. Zu den Zielen dieses Ministeriums sollte das Schaffen einer legalen Basis betreffend der Digitalisierung gehören. In Zeiten zunehmender Transparenz muss der Datenschutz einen noch höheren Stellenwert bekommen, um den Schutz der Privatsphäre eines jeden Einzelnen optimal zu gewährleisten. Auch sollte dieses Ministerium in Zusammenarbeit mit den verschiedenen staatlichen Institutionen unnötige bürokratische Hürden ab- und das e-Government ausbauen.

Flexible Arbeitszeitmodelle...

Die Digitalisierung verdrängt zunehmend das klassische Arbeitszeitmodell „nine to five“ aus unserer Gesellschaft. Die Arbeitszeiten werden flexibler und vielfältiger. Die Arbeitgeber fordern von ihren Mitarbeitern zunehmend Flexibilität; die Arbeitnehmer wünschen sich ihrerseits eine bessere Work-Life-Balance. Die Jungen Demokraten wollen, dass sich der Arbeitsmarkt dieser Entwicklung anpasst und fordern die zukünftige Regierung auf, sogenannte "Lebensarbeitszeitkonten" einzuführen. Sinn dieser "Lebensarbeitszeitkonten" ist es, Überstunden und Urlaubstage flexibler sammeln und sie zu einem beliebigen Zeitpunkt einlösen zu können. Dafür soll ein klarer gesetzlicher Rahmen geschaffen werden und das Projekt mit zusätzlichen staatlichen Geldern gefördert werden. Das "Lebensarbeitszeitkonto" kann dann vom Arbeitnehmer dazu genutzt werden, um beispielsweise Kinder über einen längeren Zeitraum zuhause zu betreuen oder um andere Projekte umzusetzen, die Zeit benötigen.

... und eine Schule, die auf die Zukunft vorbereitet

Damit Luxemburg auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt und weiterhin eine Vorreiterrolle in Europa übernehmen kann, ist es wichtig, dass schon heute die nötigen Schritte eingeleitet werden. Dies kann Luxemburg allerdings nur gelingen, wenn das Bildungsangebot von heute noch stärker den digitalen Forderungen von morgen gerecht wird. Nur so können die Kinder und Jugendlichen, die heute zur Schule gehen, die Möglichkeit bekommen, sich optimal auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorzubereiten und ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu verwirklichen. Unabhängig von ihrem späteren Berufswunsch wird der Umgang mit den neuen Technologien und digitalen Medien für sie immer wichtiger werden.



Claude Schommer
 – Mondorf-les-Bains
 – Lehrer, Gemeinderat
 – JDL Nationalpräsident
 – politisch aktiv seit 2011

Aus Sicht der Jungen Demokraten wäre es mutwillig und unverantwortlich, die jungen Generationen von heute nicht auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten.

Auch wenn es heute schon sogenannte "I-Sektionen" gibt und verschiedene Schulen verstärkt auf digitale Medien im Unterricht zurückgreifen, sind diese Schulen eher selten. Ich denke, dass Kinder in allen Schulen des Landes möglichst früh lernen sollten, verantwortungsvoll mit digitalen Medien umzugehen und sie zu ihrem Vorteil zu nutzen. Die Politik muss jedem Kind die gleichen digitalen Startchancen im Rahmen der Schule gewährleisten! Wenn Kinder und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien alleine gelassen werden, riskieren sie, die Gefahren, die durch eine steigende Transparenz und Vernetzung von persönlichen Daten entstehen, nicht zu erkennen. ■

Das luxemburgische Modell neu denken: vom Klima-Sünder zum Klima-King

W

Wissenschaftler warnen seit mehr als drei Jahrzehnten vor den Gefahren des Klimawandels. Eine internationale Klimakonferenz jagt seitdem die nächste, von Genf 1990, über Rio 1992, Kopenhagen 2008, bis Paris 2015. In Paris gelingt zu guter Letzt der Durchbruch: Die Wissenschaft ist endlich gehört worden und langsam aber sicher setzt sich die Erkenntnis durch, dass der Klimawandel eine politische Priorität sein muss.

Luxemburg hat dabei eine besondere Verantwortung: Unter der EU-Ratspräsidentschaft war die Umweltministerin Carole Dieschbourg maßgeblich am Erfolg der Verhandlungen in Paris beteiligt. Nun muss Luxemburg auch Vorreiter sein, wenn es um die Umsetzung des Weltklimavertrages geht. Auch unsere außenpolitische Reputation, die oft durch das schlechte Image des Finanzplatzes leidet, würde hier von profitieren.